



Der Klassiker auf dem Prüfstand

Ehegattensplitting. Wie so oft in Wahlkampfzeiten steht auch dieses Mal das Ehegattensplitting zur Diskussion. Doch die aktuellen Reformvorschläge der Parteien würden eines nicht schaffen: die Arbeitsanreize für den Zweitverdiener spürbar zu erhöhen. Warum es schwierig ist, das Ehegattensplitting so zu reformieren, dass alle zufrieden sind, erklärt Tobis Hentze, Senior Economist im Institut der deutschen Wirtschaft, in seinem iwd-Kommentar.

—> [Seiten 2-4](#)

Treibhausgasemissionen

Deutschland will bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden. Dazu kann jeder Bundesbürger beitragen, indem er seine Konsumgewohnheiten ändert.

—> [Seiten 6-7](#)

Schule

Die Corona-Pandemie hat große Lernlücken verursacht. Um diese im kommenden Schuljahr schließen zu können, müssen die Schulen jetzt handeln.

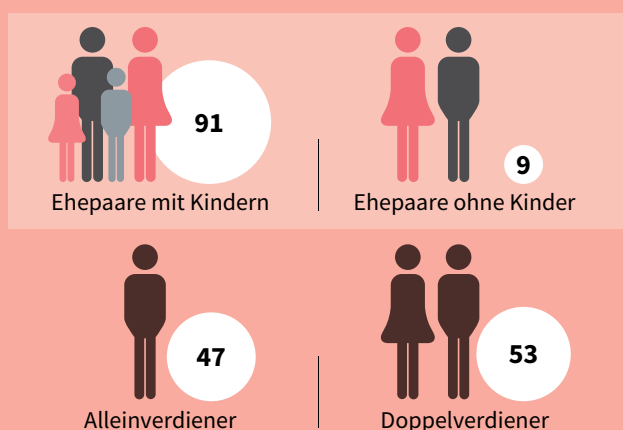
—> [Seiten 8-9](#)

Reformideen ohne Biss

Ehegattensplitting. In den seit Jahren andauernden Diskussionen um das Für und Wider des Ehegattensplittings stehen zumeist weltanschauliche Argumente im Mittelpunkt. Rein ökonomisch betrachtet sollte es aber darum gehen, ob sich durch eine Reform die Arbeitsanreize verbessern lassen. Eine IW-Studie zeigt: Die Reformvorschläge der Parteien schaffen das nur wenig.

Ehegattensplitting: Vor allem Familien profitieren

Aufteilung des Splittingeffekts im Jahr 2020 in Prozent



Splittingeffekt: ergibt sich aus der Verteilung des gemeinsamen Einkommens auf beide Ehepartner und die dadurch entstehende Anwendung niedrigerer Steuersätze im Vergleich zu dem Fall, dass beide Ehepartner ihr Einkommen separat versteuern würden

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Alle Bundestagswahljahre wieder überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen, das Ehegattensplitting entweder ganz abzuschaffen oder zu reformieren. Doch auch in der bald endenden Legislaturperiode konnten sich die Koalitionäre lediglich darauf verständigen, Ehepaare mit der Steuerklassenkombination III und V darauf aufmerksam zu machen, dass sie auch das sogenannte Faktorverfahren wählen können.

Das sieht vor, dass Ehepartner eine Besteuerung entsprechend dem Anteil beantragen können, den sie zum Familieneinkommen beitragen. Das Faktorverfahren gilt ausschließlich für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften, die sich gemeinsam in der Steuerklasse IV befinden. Ziel ist es, Steuernachzahlungen zu vermeiden und die Nachteile der bisherigen

Kombinationen – Steuerklasse III und V oder IV und IV ohne Faktor – zu beseitigen.

Die Idee hinter dieser Möglichkeit ist, dass für den Zweitverdiener die geringere Belastung in der Steuerklasse IV einen Anreiz darstellt, mehr zu arbeiten.

Tatsächlich wählen rund drei Viertel aller Ehepaare in Deutschland die Steuerklassenkombination III und V. Dadurch fällt zwar das laufende monatliche Haushaltseinkommen höher aus, aber am Ende des Jahres ist es egal, welche Steuerklassen das Paar gewählt hat – die zu zahlende Steuer ist gleich hoch.

Grundsätzlich funktioniert das Ehegattensplitting heute so: Das zu versteuernde Einkommen der Ehegatten wird ermittelt und halbiert. Für diesen Betrag wird dann die Einkommensteuer berechnet und verdoppelt. Außer bei der FDP und den Unionsparteien finden sich in den aktuellen Bundestagswahlprogrammen diverse Vorschläge, wie das Ehegattensplitting reformiert werden könnte. Generell gibt es folgende Möglichkeiten:

Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag. Erzielt nur ein Ehepartner Einkommen, wird in diesem Konzept der Grundfreibetrag – also das Existenzminimum des Ehepartners – vom zu versteuernden Einkommen des Alleinverdieners abgezogen. Bezieht der Zweitverdiener jedoch ein eigenes Einkommen und nutzt seinen Grundfreibetrag aus, entfällt die steuerliche Berücksichtigung beim Erstverdiener. Diese Variante schlagen Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vor.

Individualbesteuerung ohne übertragbaren Grundfreibetrag. Hier sollen die Ehepartner – falls beide arbeiten – einzeln veranlagt werden. Diese Variante gilt jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen als nicht realistisch und wird auch von keiner Partei gefordert.

Realsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag. Dieses Modell begrenzt den Splittingeffekt, sodass maximal der Grundfreibetrag von derzeit 9.744 Euro vom Partner mit dem höheren Einkommen auf den Zweit-

verdiener übertragbar ist. Dieses Modell wird von der SPD favorisiert.

Das IW hat nun ausgerechnet, ob die einzelnen Reformvorschläge dazu geeignet sind, die Arbeitsanreize zu erhöhen. Denn eine Kritik am bestehenden Ehegattensplitting ist, dass es – vor allem für Frauen – ein Hemmnis darstellt, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Eine Einschränkung des bestehenden Splittings würde die Arbeitsanreize für Zweitverdiener jedoch nur leicht erhöhen – das gilt sowohl für das Modell der Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag von Bündnis90/Die Grünen und Die Linke als auch für das Konzept des Realsplittings der SPD (Grafik):

Außer bei der Einzelveranlagung bleibt die Grenzsteuerbelastung in allen Reformmodellen fast so hoch wie im aktuellen Ehegattensplitting.

Dabei spielt es auch keine Rolle, ob der Zweitverdiener bisher nicht erwerbstätig war oder ein – eher geringfügiges – Einkommen erzielte. Die Anreize, das Arbeitsangebot auszudehnen, sind deshalb als gering einzuschätzen. Wenn die Politik hier etwas bewegen will, sollte sie lieber über andere Wege nachdenken – zum Beispiel über die Regelungen bei den Minijobs und eine Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder.

Ein weiterer Ansatzpunkt wäre, Kinder steuerlich stärker zu berücksichtigen. Zwar kommen die Vorteile des Ehegattensplittings zu 91 Prozent Ehepaaren mit Kindern zugute (Grafik Seite 2) – diese hohe Quote

schließt allerdings auch Paare mit erwachsenen Kindern ein und unverheiratete Paare sowie Alleinerziehende bleiben außen vor. Ein Familiensplitting wie in Frankreich könnte das ändern – wer jedoch wenig verdient, würde auch von diesem Modell kaum oder gar nicht profitieren.

Eine andere Frage ist die nach der Steuergerechtigkeit des Splittings (siehe Kommentar Seite 4). Die Antwort hängt davon ab, wie die Ehe bewertet wird. Nach geltendem Rechtsverständnis wird sie als Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft betrachtet, sodass die Einkommen als Einheit zählen und das Ehegattensplitting die logische Besteuerungsform ist.

Allerdings betont der Gesetzgeber auch, dass ehe-liche und nacheheliche Unterhaltspflichten auf jährlich 13.805 Euro begrenzt sind. Demzufolge läge es nahe, dass sich auch die steuerliche Behandlung eines verheirateten Paares an diesem Betrag orientiert. Nach jetziger Rechtslage besteht jedenfalls ein Ungleichgewicht. Im Falle einer Scheidung ist die Unterhaltspflicht begrenzt, gleichzeitig fällt es dem Partner, der während der Ehe nicht gearbeitet hat, oft schwer, wieder eine adäquate Beschäftigung zu finden – mit entsprechenden Nachteilen beim Verdienst und bei der Rente.

IW-Kurzbericht 40/2021

Tobias Hentze, Martin Beznoska: Ehegattensplitting – Reform verbessert Arbeitsanreize nur wenig

iwkoeln.de/ehegattensplitting

Ehegattensplitting: Einschränkungen schaffen kaum Arbeitsanreiz

Grenzsteuerbelastung des Zweitverdieners in Prozent in verschiedenen Besteuerungsmodellen, wenn der Erstverdiener ein Bruttojahreseinkommen von 48.000 Euro hat und der Zweitverdiener auf 24.000 Euro kommt

Der Zweitverdiener war vorher nicht erwerbstätig	... hat vorher 5.400 Euro jährlich in einem Minijob verdient	... hatte vorher ein Jahresbrutto von 12.000 Euro
Ehegattensplitting heute	42	53	43
Realsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag	40	50	43
Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag	41	52	39
Individualbesteuerung ohne übertragbaren Grundfreibetrag	28	35	35

Grenzsteuerbelastung: Prozentsatz, mit dem ein zusätzliches Einkommen besteuert wird;

Ehegattensplitting heute: Das gemeinsam zu versteuernde Einkommen der Ehegatten wird ermittelt und halbiert. Für diesen Betrag wird dann die Einkommensteuer berechnet und verdoppelt;

Realsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag: Dieses Modell begrenzt den Splittingeffekt, sodass maximal der Grundfreibetrag in Höhe von derzeit 9.744 Euro vom Partner mit dem höheren Einkommen auf den Zweitverdiener übertragbar ist;

Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag: Hat nur ein Ehepartner ein Einkommen, wird in diesem Konzept der Grundfreibetrag des Zweitverdieners vom zu versteuernden Einkommen des Alleinverdieners abgezogen. Bezieht der Zweitverdiener jedoch ein eigenes Einkommen und nutzt seinen Grundfreibetrag aus, entfällt die steuerliche Berücksichtigung beim Erstverdiener;

Individualbesteuerung ohne übertragbaren Grundfreibetrag: Hier sollen die Ehepartner – falls beide arbeiten – einzeln veranlagt werden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Kommentar. Das Ehegattensplitting ist schon seit Jahrzehnten ein Zankapfel der deutschen Steuerpolitik. Der Grund dafür ist, dass es um weit mehr geht als um eine steuerrechtliche Regelung, sagt **Tobias Hentze**, Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft.



Foto: IWD Medien

Gerecht wird es nie sein

Rein formal betrachtet ist das bestehende Ehegattensplitting eine von mehreren möglichen Formen der Besteuerung von Ehepartnern. Hinter dem Ehegattensplitting steht die Idee, dass in einer Ehe die Aufgaben freiheitlich und im Einvernehmen aufgeteilt werden. Steuerlich macht es daher keinen Unterschied, wer wie viel zum Einkommen des Ehepaars beiträgt. So blickt der Staat auf die Ehe.

Wer ein anderes Bild von der Ehe hat – zum Beispiel eines, bei dem der Ehemann einer Vollzeitberufstätigkeit nachgeht und die Ehefrau ihre Erwerbstätigkeit je nach Erfordernissen im Haushalt und bei der Kinderbetreuung anpasst –, findet das Splitting vermutlich ungerecht oder sieht darin gar einen Hemmschuh für die Gleichstellung von Frau und Mann. Denn für die Ehefrau – die zumeist der Zweitverdiener ist – ist in diesem Fall bereits die anfängliche Steuerbelastung bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit hoch, da ihr Einkom-

men dem des Ehemanns zugeschlagen und mit entsprechend hohen Steuersätzen belastet wird. Dies mindert den Anreiz für sie, überhaupt erwerbstätig zu sein oder die Arbeitszeit auszudehnen.

Das hat möglicherweise schwerwiegende Folgen: Wer nicht oder wenig gearbeitet hat, erhält später nur eine kleine Rente. Im Scheidungsfall kann es dann für Frauen finanziell eng werden, da die Unterhaltspflichten des Expartners zunehmend begrenzt werden. Wer so denkt, für den ist klar, dass der Staat einen Ausweg aus dem Dilemma der Ehefrau aufzeigen muss.

Doch dieser Ausweg ist schwerer zu finden als gedacht. Die vollkommene Abschaffung des Ehegattensplittings ist nach herrschender Juristenmeinung kaum möglich, weil dadurch die Ehe diskriminiert werden würde. Denn ohne Splitting würde steuerlich nicht einmal der Grundfreibetrag des nicht arbeitenden Ehepartners zum Tragen kommen.

Viel diskutierte und in den aktuellen Wahlprogrammen zu findende Reformmodelle wie ein Realsplitting (SPD) oder eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag (Grüne, Linke) sind zwar realistische Alternativen zum Ehegattensplitting, allerdings dürften viele Befürworter dieser Reformideen von den bescheidenen Effekten enttäuscht sein.

Eine Reform des Ehegattensplittings kann lediglich ein Mosaiksteinchen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung sein. Bei der Diskussion sollte eins nicht vergessen werden: Die Einschränkung des Ehegattensplittings wäre in vielen Fällen zunächst eine schlichte Steuererhöhung.

Das Ehegattensplitting ist systematisch nicht zwingend, Alternativen sind allerdings per se weder gerechter noch ungerechter, sie zeigen schlicht andere Weltbilder. Die richtige Besteuerung der Ehe wird es nie geben. Dafür sind die Lebensentwürfe zu vielfältig.

Ab auf die Insel

Reiseziele in der EU. Die jüngsten Lockerungen der Corona-Maßnahmen machen Reisen vielerorts wieder möglich. Nicht nur für Urlaubsreife ist das eine gute Nachricht, sondern auch für all jene Regionen, die besonders auf den Tourismus setzen. Welche das in der Europäischen Union sind, verrät ein Blick in die Statistik.

2019 war die Reisewelt noch in Ordnung – vor Corona. Innerhalb der Europäischen Union stand damals eine Inselgruppe bei Urlaubern besonders hoch im Kurs: die Kanarischen Inseln, eine autonome Gemeinschaft, die zu Spanien gehört und westlich vor der marokkanischen Küste liegt (Grafik):

Über 96 Millionen Übernachtungen zählten Gran Canaria, Teneriffa, Lanzarote und Co. im Jahr 2019.

Auf Platz zwei des EU-weiten Rankings folgte – mit immerhin zehn Millionen Übernachtungen Abstand – die kroatische Adriaküste, vor der Stadt der Liebe, Paris.

Laut Eurostat gab es 2019 rund 33 Millionen gewerbliche Gästebetten in der EU, mehr als eine Million davon an der kroatischen Adria – Rekord. Ebenfalls an der Adria – allerdings auf der italienischen Seite – liegt die Region Venetien. Sie schaffte es mit 794.000 Schlafgelegenheiten auf Platz zwei der Bettenrangliste, gefolgt vom spanischen Katalonien mit der Costa Brava.

In Deutschland standen in Mecklenburg-Vorpommern die meisten Schlafplätze für Urlaubsreife bereit: 317.000. Dicht dahinter lag Schleswig-Holstein mit 309.000, gefolgt von Oberbayern mit 270.000.

Neben der Zahl der Übernachtungen gibt es noch eine weitere Größe,

um den Stellenwert des Tourismus für eine Region zu beziffern: die Tourismusintensität. Für sie setzen die Statistiker die Übernachtungen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der entsprechenden Gegend.

In diesem Ranking schiebt sich Griechenland nach ganz vorn – allerdings mit Werten für 2017, aktuellere sind nicht verfügbar:

Je Einwohner gab es in der südlichen Ägäis pro Jahr zuletzt 78 Übernachtungen.

Platz zwei belegen die Ionischen Inseln mit 67 Übernachtungen. Auf dem dritten Platz folgen mit jeweils

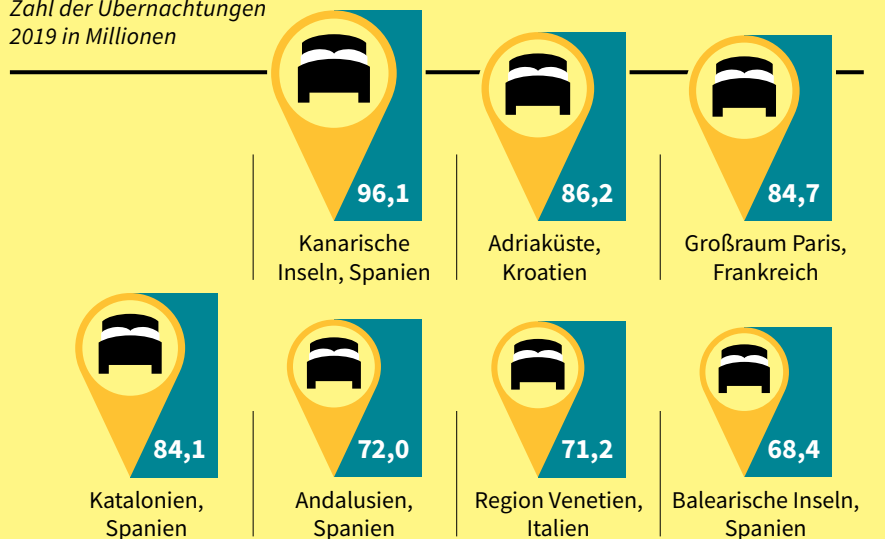
63 Übernachtungen je Einwohner gleichauf das italienische Südtirol und die kroatische Adriaküste.

Mit Blick auf die Tourismusintensität hat in Deutschland erneut Mecklenburg-Vorpommern die Nase vorn – 19 Übernachtungen je Einwohner reichen im EU-Vergleich aber nur für Rang 20.

Das hat allerdings auch seine Vorteile, wie Corona gezeigt hat: Die Abhängigkeit vom Tourismus ist hierzulande in einigen Regionen zwar stark ausgeprägt, er ist oft dennoch nur eine Einnahmequelle unter mehreren.

Die beliebtesten EU-Urlabsziele

Zahl der Übernachtungen 2019 in Millionen



Quelle: Eurostat
© 2021 IW Medien / iwd

Kleine Schritte, große Klimateffekte

Treibhausgasemissionen. Bis 2045 will Deutschland klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Politik viele Weichen stellen. Doch auch jeder Einzelne kann mit seinen täglichen Konsumententscheidungen etwas dazu beitragen, dass die CO₂-Emissionen sinken.

Rund elf Tonnen CO₂-Äquivalente – so viele Treibhausgasemissionen verursacht jeder Bundesbürger im Durchschnitt pro Jahr. Um die Pariser Klimaziele zu erfüllen, müsste dieser Wert deutlich sinken: auf weniger als eine Tonne.

Viele Stellschrauben für Treibhausgasemissionen kann ein Einzelner jedoch gar nicht beeinflussen: Ein Großteil der Emissionen entsteht durch die Energieversorgung für Unternehmen, das Wohnen und die Mobilität.

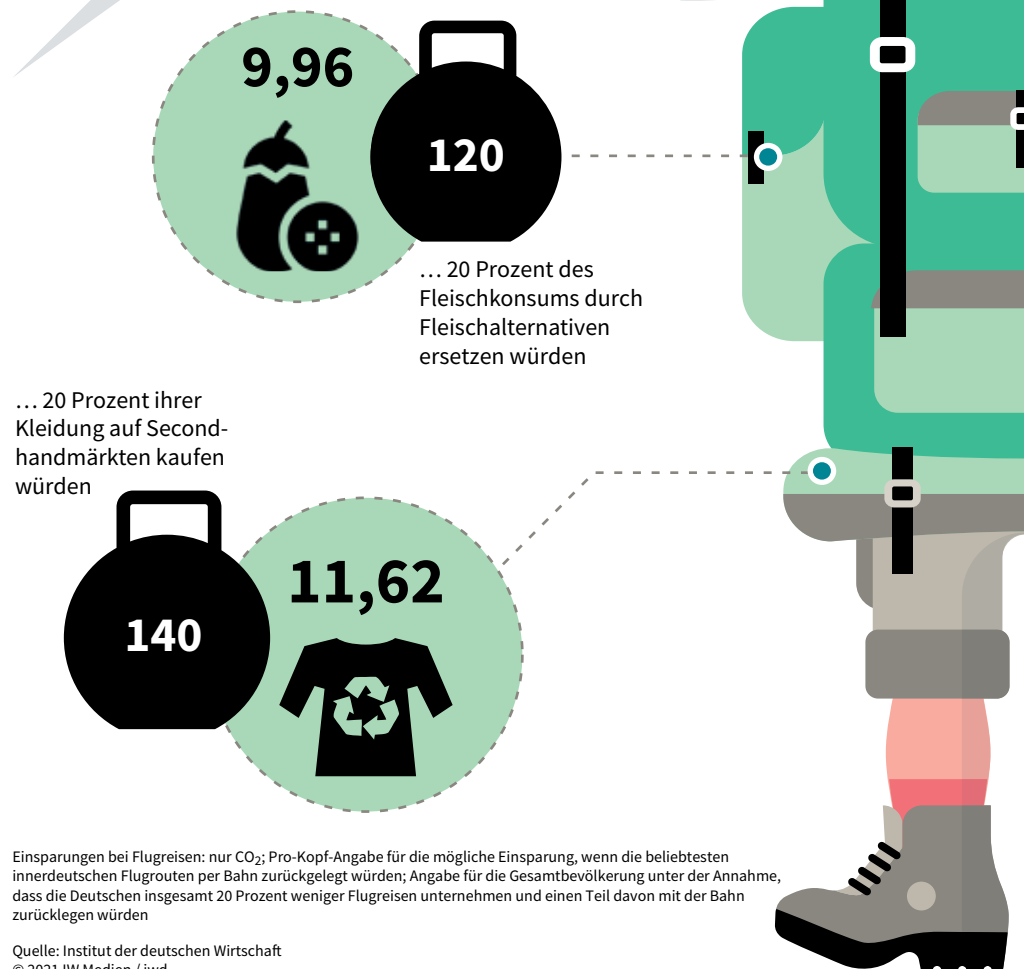
Trotzdem kann jeder seinen CO₂-Rucksack durch sein Konsumverhalten im Alltag verringern. Die individuellen Effekte mögen auf den ersten Blick klein wirken, doch auf 83 Millionen Bundesbürger hochgerechnet sind die Treibhausgaseinsparungen ganz schön groß, wie eine IW-Berechnung für vier Lebensbereiche zeigt:

Lebensmittelabfälle. Jedes Jahr landen in Deutschland zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll, 50 Prozent davon allein bei Privathaushalten. Von den Haushaltsabfällen ist knapp die Hälfte Obst und Gemüse – die meist aufwendig angebaut wurden. Mit den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen hat Deutschland 2015 eine Halbierung der Abfälle beschlossen.

Wenn jeder Bundesbürger jene 75 Kilo Lebensmittelabfälle, die

CO₂-Rucksack: So wird er leichter

- Um so viel Kilo an CO₂-Äquivalenten ließen sich die Emissionen im Jahr pro Kopf senken, wenn die Bundesbürger ...
- Mögliche jährliche Emissionsminderungen durch die Gesamtbevölkerung, in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten



durchschnittlich pro Jahr und Kopf anfallen, durch bessere Planung und Abfallvermeidung um die Hälfte reduziert, würden pro Person jährlich 74 Kilo weniger Treibhausgasemissionen verursacht. Und wenn dies allen Einwohnern in Deutschland gelänge, könnten weltweit mehr als sechs Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden. Zum Vergleich: Der innerdeutsche Flugverkehr hat 2019 etwa zwei Millionen Tonnen an Kohlendioxid verursacht.

Emissionsarme Proteinquellen.

Im Ernährungsmix sind vor allem importierte Lebensmittel und Fleisch emissionsintensiv. Ein Kilogramm Rindfleisch verursacht rund 30 Kilo

CO₂-Äquivalente, bei Schweinefleisch und Geflügel sind es jeweils vier Kilo. Für pflanzliche Ersatzprodukte liegt der Wert niedriger: Bei

derselben Menge Soja beispielsweise entstehen nur knapp 1,2 Kilo Treibhausgase.

Jeder Deutsche verzehrte 2020 im Schnitt rund 57 Kilo Fleisch, das umgerechnet etwa 630 Kilo CO₂-Äquivalente bedeutet. Wenn der Fleischverzehr um 20 Prozent sinkt – die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt mit minus 50 bis 75 Prozent deutlich mehr – und durch pflanzliche Produkte ersetzt wird, würde jede Person rund 120 Kilo Emissionen weniger pro Jahr verursachen. Auf die deutsche Bevölkerung gerechnet wären so Emissionsminderungen von knapp zehn Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten möglich.

Secondhandkleidung. Im Durchschnitt kauft jeder Deutsche 56 Kleidungsstücke im Jahr, die in der Herstellung insgesamt rund 680 Kilo CO₂-Äquivalente verursachen. Schätzungsweise ein Fünftel der

neuen Garderobe wird gar nicht oder kaum getragen. Vor allem Saisonartikel landen vergleichsweise schnell im Müll oder in der Altkleidersammlung.

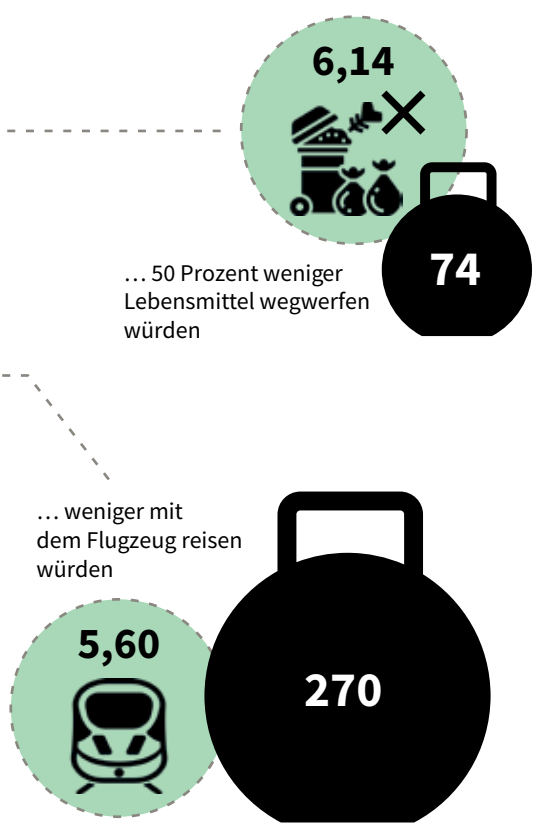
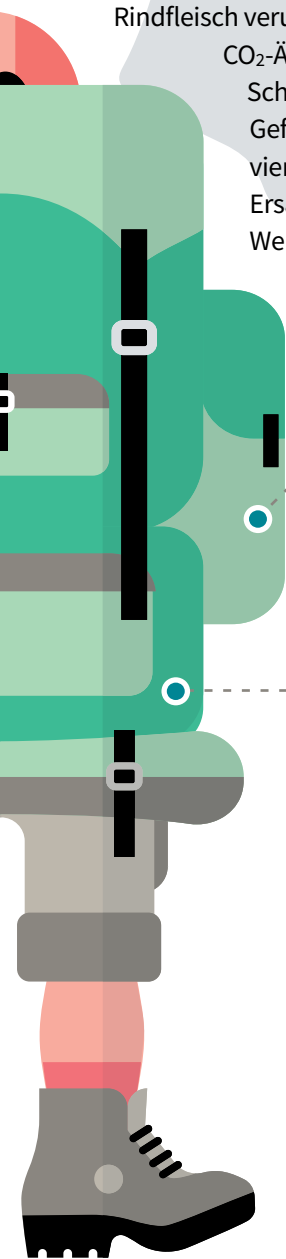
Würden die Verbraucher hierzulande jährlich 20 Prozent weniger in neue Klamotten investieren – das entspricht elf Kleidungsstücken – und stattdessen Secondhandware kaufen, könnte jeder circa 140 Kilo Treibhausgase einsparen. Wenn das alle machen, könnten die Deutschen jährlich mehr als elf Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen. Der Konsum von gebrauchter Kleidung allein reicht aber noch nicht aus. Die Textilindustrie muss insgesamt klimafreundlicher werden, zum Beispiel durch nachhaltigere Produktionsverfahren und längere Nutzungsdauern.

Mobilität. Der gesamte deutsche Flugverkehr verursachte vor der Corona-Krise jährlich etwa 31,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Schon einzelne kurze Flugreisen tragen sehr viel dazu bei: Auf beliebten Strecken wie Berlin–München, Berlin–Köln oder Hamburg–München entstehen auf dem Hin- und Rückflug pro Passagier jeweils etwa 310 Kilo CO₂. Würde man diese Strecken stattdessen mit der Bahn fahren, könnten je Reise durchschnittlich mehr als 270 Kilo CO₂ eingespart werden.

Wenn ein Fünftel der deutschen Flugreisen unterlassen oder mit dem Zug absolviert würden, ließen sich jährlich insgesamt etwa 5,6 Millionen Tonnen CO₂ einsparen.

Angenommen, eine Person in Deutschland würde nun alle oben vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen, dann könnte sich der individuelle Fußabdruck an Treibhausgasen um etwa 0,6 Tonnen CO₂-Äquivalente jährlich reduzieren. Auf die deutsche Bevölkerung hochgerechnet ließen sich so im Jahr mehr als 33 Millionen Tonnen Treibhausgase einsparen.



Es gibt viel zu tun

Schule. Schulschließungen und Fernunterricht haben dazu geführt, dass wichtiger Lernstoff auf der Strecke geblieben ist und bei vielen Schülern ein großer Nachholbedarf besteht. Um die Lernlücken zu schließen und mögliche Schulunterbrechungen ab Herbst abzufedern, müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden.

Längere Schulunterbrechungen können für Kinder und Jugendliche gravierende – und vor allem längerfristige – Auswirkungen haben: Schulabbrüche, geringere Einkommen und ein höheres Risiko für Arbeitslosigkeit. Das zeigen frühere internationale Studien zu Schulaus-

fällen wegen Lehrerstreiks. Ähnliches zeichnet sich nun auch in der Corona-Pandemie ab. Denn auf den Distanzunterricht, der in den vergangenen Monaten den Präsenzunterricht größtenteils ersetzt hat, waren die meisten Schulen nicht gut vorbereitet.

Erste Befragungen von Eltern zeigen, dass die Lernzeit von Kindern und Jugendlichen während der Schulschließungen stark gesunken ist. Das gilt besonders für die leistungsschwächeren Schüler, denen das selbstständige Distanzlernen deutlich schwerer gefallen ist. Vor allem die Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Haushalten hatten zudem schlechtere Lernbedingungen im Fernunterricht.

Kein Wunder also, dass erste internationale Studien bei den Schülern hohe Lernverluste festgestellt haben:

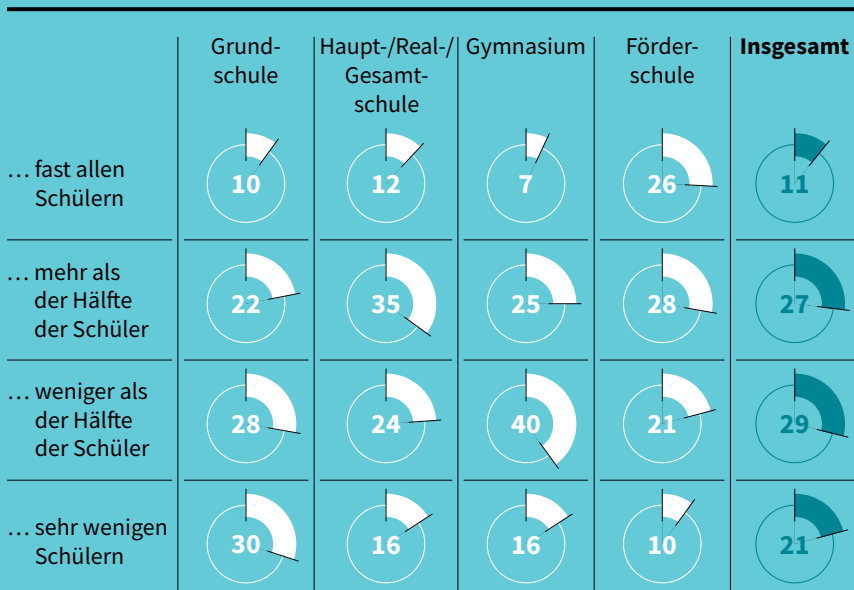
Kompetenztests vor und nach den Schulschließungen in den Niederlanden zeigen, dass die Schüler beim Lernen zu Hause nur geringe oder keine Fortschritte gemacht haben.

Dabei sind die Kompetenzverluste bei Schülern aus weniger gebildeten Familien bis zu 55 Prozent größer. Eine Studie mit Sechstklässlern in Flandern aus dem Juni 2020 zeigt zudem, dass die Schüler vor allem in Mathematik und den Sprachen schlechter abschnitten als frühere Kohorten.

In der Schweiz konnte während einer achtwöchigen Schulschließung

Corona hinterlässt Lernlücken

So viel Prozent der Lehrkräfte geben an, dass die pandemiebedingten Maßnahmen seit März 2020 bei ... zu messbaren Lernrückständen geführt haben



Befragung von 1.015 Lehrkräften im Dezember 2020; Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Deutsches Schulbarometer
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

in den Sekundarstufen zwar kein Kompetenzverlust festgestellt werden. Dafür verlangsamte sich das Lerntempo bei den Grundschulern.

Auch andere Studien kommen zu dem Schluss, dass vor allem bei jüngeren Kindern und jenen, die sozio-ökonomisch schlechter gestellt sind, die Wissenslücken durch den Schulausfall am größten sind.

Eine Lernstandserhebung für Gesamtdeutschland liegt bislang zwar nicht vor. Eine Studie aus Baden-Württemberg zeigt jedoch, dass Schüler während der ersten Schulschließungen im Frühjahr 2020 weniger Zeit fürs Lernen aufgewendet haben und die Kompetenzen von Fünftklässlern im Lesen und in Mathematik deutlich gesunken sind.

86 Prozent

der Lehrkräfte denken, dass sich die Effekte der sozialen Ungleichheit durch die Schulschließungen verstärken

Auch den Lehrkräften in Deutschland zufolge hinken einige Schüler hinterher (Grafik Seite 8):

35 Prozent der Lehrkräfte für Haupt-, Real- und Gesamtschulen sagen, dass durch die corona-bedingten Maßnahmen bei mehr als der Hälfte ihrer Schüler Lernrückstände bestehen.

Insgesamt legen diese ersten Erkenntnisse nahe, dass der Fernunterricht den Präsenzunterricht nicht angemessen ersetzen konnte. Außerdem sind in den meisten Lernerhebungen die Schulschließungen ab Dezember 2020 noch nicht berücksichtigt – und in diesem Zeitraum waren die Schulen zwar besser vorbereitet, aber viel länger geschlossen.

66 Prozent

der Lehrkräfte sind der Meinung, dass die Schule mit Blick auf die Ausstattung mit digitalen Medien weniger gut oder sogar schlecht auf die Schulschließung vorbereitet war – betrachtet man nur die Grundschulen, sind es sogar 82 Prozent

Nur die Bildungsverluste zu betrachten, reicht aber nicht. Der fehlende tägliche Gang in die Schule hat auch zu psychischen Belastungen und Bewegungsmangel geführt. Auch konnten viele Kinder keine Fahrradprüfung absolvieren oder Schwimmen lernen.

Umso wichtiger ist es, dass die Schulen sich schon jetzt auf das kommende Schuljahr vorbereiten: **Lernlücken schließen.** Damit Kinder und Jugendliche nicht weiter zurückfallen, müssen die entstandenen Lernlücken ausgeglichen werden. Dafür sollten zunächst in allen Jahrgängen Vergleichsarbeiten geschrieben werden, um den Umfang des Lernverlustes systematisch zu ermitteln.

Gezielte Förderung. Auf dieser Grundlage könnte der Stoff durch Lehrmaterialien oder zusätzlichen Förderunterricht nachgeholt werden. Besonders wichtig ist dies für Kinder mit speziellem Förderbedarf und für jene, die vor dem Wechsel in eine andere Stufe stehen. Auch Mentoring-Programme könnten hier eine Rolle spielen. Um die 1,5 Millionen Schüler in Deutschland mit größerem Förderbedarf zu unterstützen, sind ungefähr 1,5 Milliarden Euro nötig.

Chancengleichheit wiederherstellen. Um die im Zuge der Corona-Krise entstandenen Einbußen an Chancengleichheit zu kompensieren, sind Konzepte und zusätzliches

Personal nötig. Würde jede Schule zum Beispiel einen Chancenbeauftragten einstellen, entstünden dadurch Kosten von jährlich 4 Milliarden Euro.

Ausstattung verbessern. Damit der Schulbetrieb auch nach den Sommerferien sichergestellt ist, sollten die Ferien genutzt werden, um die Klassenräume mit Luftfiltern auszustatten und die sonstigen Lüftungsmöglichkeiten zu verbessern. Auch die Impfung von Lehrkräften und Eltern muss möglichst schnell abgeschlossen werden. Außerdem sind weiterhin Testkonzepte nötig.

69 Prozent

der Lehrkräfte sehen in den eigenen Kompetenzen im Bereich digitaler Lernformate das größte Verbesserungspotenzial für die Zukunft

Quelle: Deutsches Schulportal
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Digitalisierung voranbringen. Sollte dennoch phasenweise Digitalunterricht nötig sein, müssen unbedingt die IT-Ausstattung verbessert und die Lehrkräfte entsprechend fortgebildet werden. Zur Umsetzung der auch für den Präsenzunterricht förderlichen Digitalisierungsstrategie werden langfristig 20.000 zusätzliche IT-Stellen an den Schulen benötigt, um die Administration sicherzustellen und die Lehrkräfte zu unterstützen. Dafür sind noch einmal jährlich 2 Milliarden Euro erforderlich.

IW-Kurzbericht 44/2021

Christina Anger, Axel Plünnecke Schulschließungen – Auswirkungen und Handlungsempfehlungen
iwkoeln.de/schulschließungen

Deutschland verliert weiter an Boden

Wettbewerbsfähigkeit.

Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland produziert teurer als die ausländische Konkurrenz und stand auch hinsichtlich der Produktivität schon einmal deutlich besser da. Die preisliche Wettbewerbsposition der Industrie hat sich damit weiter verschlechtert.

Die deutsche Industrie befindet sich seit 2018 im Abschwung. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend noch verstärkt, sodass die Bruttowertschöpfung in Deutschlands umsatzstärkster Branche 2020 um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt abstürzte.

Vollere Auftragsbücher bescheren den Betrieben zum Ende des vergangenen Jahres zwar zunächst eine stabile Produktionsperspektive, jedoch sehen sich die Unternehmen nach wie vor einer Reihe von Risiken ausgesetzt – nicht zuletzt der Ausbreitung der Delta-Variante und den damit erneut drohenden Grenzsicherungen, die zu weiteren Lieferengpässen führen könnten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die deutschen Industriebetriebe meist teurer als die ausländische Konkurrenz produzieren (Grafik):

Im Jahr 2020 hatte das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland im Vergleich von 28 wichtigen Industrieländern die zweithöchsten Lohnstückkosten.

Nur im Vereinigten Königreich waren die Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit noch höher. Vor allem die außereuropäische Konkurrenz fertigt deutlich weniger arbeitskostenintensiv: Japan konkurriert im internationalen Wettbewerb mit Lohnstückkosten, die ein Fünftel niedriger sind als die deutschen, in den USA produzieren Industrieunternehmen sogar mehr als ein Viertel günstiger.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die deutsche Position damit weiter verschlechtert. Im Durchschnitt liegen die ausländischen Lohnstückkosten 18 Prozent unter dem deutschen Niveau – gut 5 Prozentpunkte mehr als 2017.

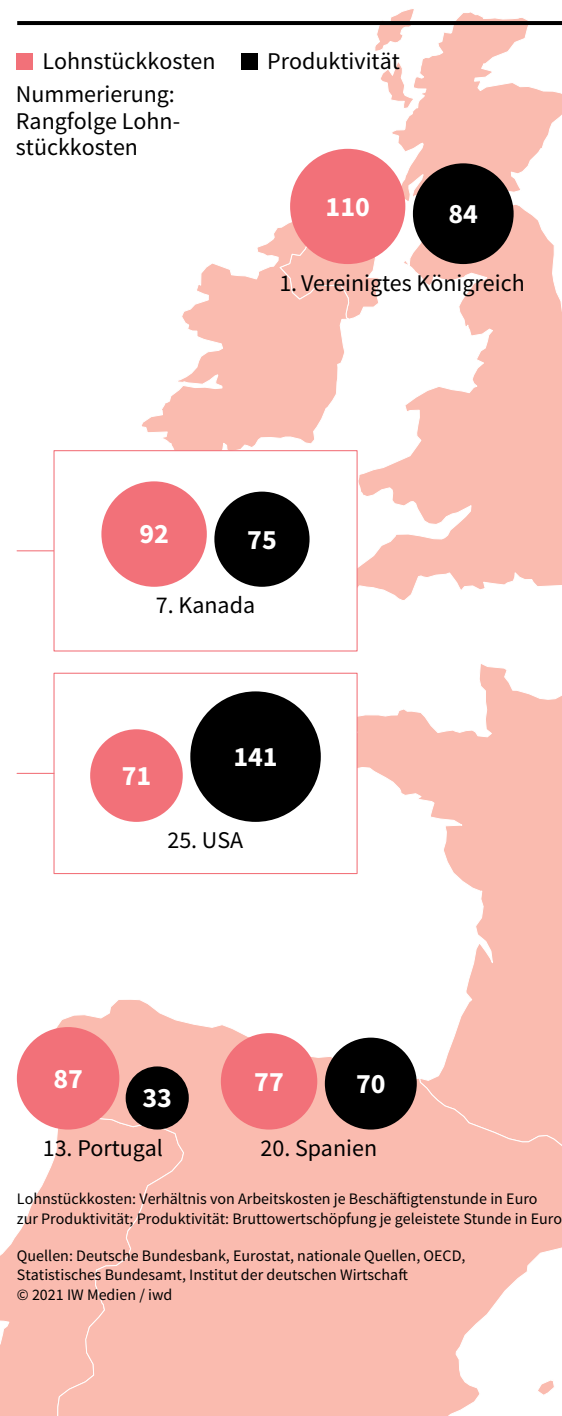
Auch die Arbeitsproduktivität ist ein wichtiges Maß für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Deutschland schneidet bei diesem Indikator leicht überdurchschnittlich ab: Die Produktivität der Bundesrepublik liegt 2 Prozent höher als der Durchschnitt der gesamten betrachteten ausländischen Konkurrenz, das Euro-Ausland hat einen Rückstand von 4 Prozent.

Spitzenreiter im Produktivitätsranking ist Dänemark, das Deutschland um fast drei Viertel übertrifft, gefolgt von den USA. In den osteuropäischen Ländern – mit Ausnahme von Slowenien – sowie in Griechenland und Portugal betrug die Produktivität dagegen maximal gut ein Drittel des deutschen Niveaus.

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2020, Deutschland = 100

■ Lohnstückkosten ■ Produktivität
Nummerierung: Rangfolge Lohnstückkosten



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

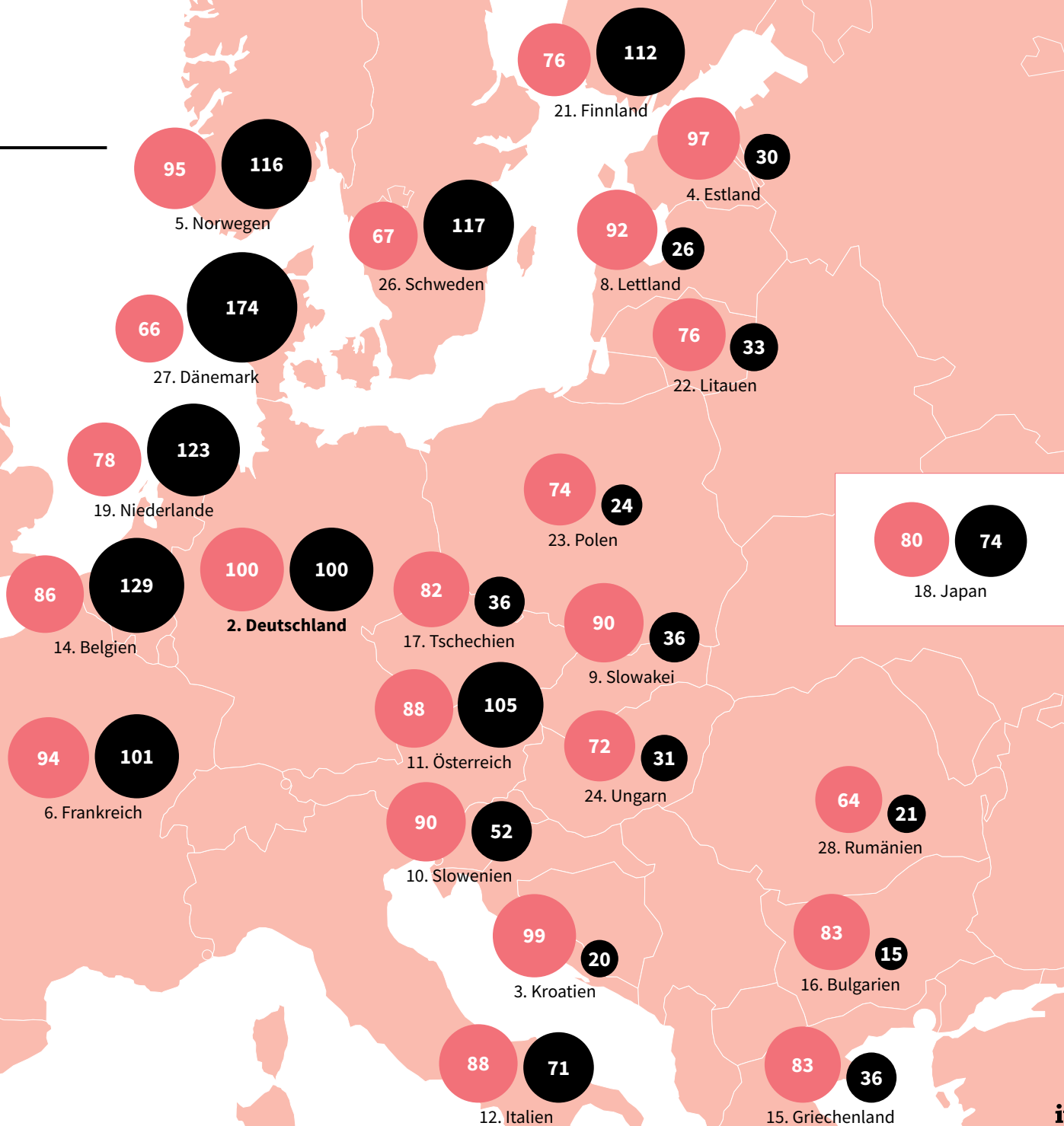
Doch auch hier stand die Bundesrepublik schon besser da. So schließt die internationale Konkurrenz immer weiter auf, 2018 waren die Vergleichsländer im Schnitt noch fast 11 Prozent weniger produktiv. Das liegt weniger daran, dass Länder wie die Niederlande oder Belgien ihre Produktivität in den letzten Jahren

steigern konnten – der Grund ist vielmehr die schwache Produktivitätsentwicklung der deutschen Industrie:

In den vergangenen zwei Jahren sank die Produktivität im deutschen Verarbeitenden Gewerbe jeweils um rund 4 Prozent, während sie im Ausland im Durch-

schnitt 2019 leicht anstieg und 2020 konstant blieb.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sich damit weiter verschlechtert – die nur noch knapp überdurchschnittlich hohe Produktivität reicht bei Weitem nicht aus, um den Nachteil der hohen Arbeitskosten zu kompensieren.



Hochqualifizierte gesucht

Fachkräfte. Durch die Folgen der Pandemie ist die Nachfrage nach Arbeitskräften zunächst kräftig zurückgegangen. Schon seit Mitte vergangenen Jahres fehlen aber wieder mehr Fachkräfte, vor allem Hochqualifizierte. Auf lange Sicht sind vor allem Fachkräfte mit Berufsausbildung Mangelware.

Im ersten Lockdown verhängten viele Unternehmen in Deutschland einen Einstellungsstopp, schickten ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit oder mussten sogar Leute entlassen. Die Zahl der offenen Stellen sank, die der Arbeitslosen stieg. Eine Folge:

Von Februar 2020 bis Juni 2020 halbierte sich die Fachkräftelücke in Deutschland auf rund 180.000.

Die Fachkräftelücke entspricht der Zahl an offenen Stellen, für die es zum gleichen Zeitpunkt in Deutschland keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt.

Der Mangel hat sich jedoch je nach Qualifikationsniveau ganz unterschiedlich entwickelt (Grafik):

Fachkräfte mit Berufsausbildung oder vergleichbarer Qualifikation sind von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie am stärksten betroffen – in diesem Segment steht die Fachkräftelücke aktuell (Mai 2021) bei rund 67 Prozent des Vor-Corona-Niveaus. Das heißt: Die Zahl

der offenen Stellen ist um rund ein Drittel niedriger. In absoluten Zahlen dürfte die Fachkräftelücke in diesem Segment aber am größten bleiben.

Die Lücke bei Meistern, Technikern und Bachelorabsolventen hat dagegen schon wieder gut 90 Prozent erreicht – zwischenzeitlich war jedoch auch dieses Segment stark betroffen.

Master und Fachkräfte mit vergleichbaren Qualifikationen werden inzwischen schon mehr gesucht als vor der Krise:

Im Mai 2021 lag die Fachkräftelücke der Hochqualifizierten bei mehr als 101 Prozent des Niveaus vom Februar 2020, also dem Zeitpunkt unmittelbar vor dem ersten Lockdown.

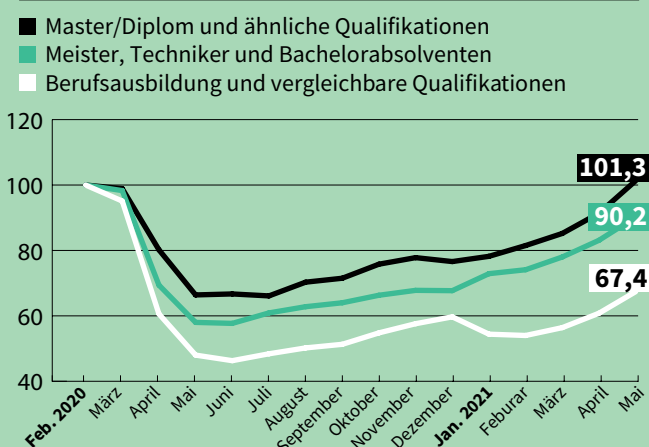
Insgesamt fehlten im Mai 2021 fast 270.000 qualifizierte Arbeitskräfte in Deutschland – im Februar vergangenen Jahres waren es knapp 350.000.

Der aktuelle Mangel betrifft 229 von 1.300 Berufen. In zehn Berufen hat sich die Fachkräftelücke von Februar 2020 bis Mai 2021 sogar mehr als verdoppelt. Sechs dieser zehn Berufe – etwa im Bereich Spedition und Logistik, in der Umweltschutztechnik sowie die Lehrkraft für berufsbildende Fächer – erfordern einen Master, ein Diplom oder eine vergleichbare Qualifikation.

Es gibt aber auch Berufe, in denen die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen ist: Davon betroffen waren zum Beispiel Geringqualifizierte im Friseurgewerbe, Aufsichtskräfte in der Körperpflege und viele Fachkräfte, die von den Schließungen während der Lockdowns besonders betroffen waren, etwa Tourismuskauflente und Mitarbeiter in der Systemgastronomie.

Fachkräftemangel: Bei Hochqualifizierten wieder über Vor-Corona-Niveau

Fachkräftelücke nach Qualifikationsniveau, Februar 2020 = 100



Fachkräfteengpässe: liegen vor, wenn es in einem Beruf weniger Arbeitslose als offene Stellen gibt
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 39/2021

Alexander Burstedde, Paula Risius, Dirk Werner:
 Fachkräftemangel bei Hochqualifizierten wieder über Vor-Corona-Niveau

iwkoeln.de/fachkraeftemangel

Bundeswettbewerb auch digital ein Erfolg

IW JUNIOR. 231 Schüler, 21 Lehrer, 17 Geschäftskonzepte und ein Ziel: *bestes Jungunternehmen 2021 zu werden. In Interviews, Präsentationen und mit Geschäftsberichten stellten sich die Sieger der Landeswettbewerbe Mitte Juni der Jury. Ganz oben auf dem Siegereppchen landete das Schülerunternehmen townaround aus Peine.*

Seit mittlerweile 25 Jahren treten im Rahmen des IW JUNIOR Programms jährlich zahlreiche Schülerfirmen im Bundeswettbewerb gegeneinander an. Ihr eigenes Geschäftskonzept haben sie innerhalb eines Jahres mit Unterstützung von Schul- und Wirtschaftspaten entwickelt und umgesetzt – von der Idee bis zur Vermarktung.

Aufgrund der Corona-Pandemie fand der Bundeswettbewerb auch in diesem Jahr online statt. Das hinderte die Teilnehmer jedoch nicht daran, ihre Produkte kreativ zu bewerben. Über die Event-Plattform talque schaffte es IW JUNIOR, den Wettbewerb so interaktiv zu gestalten, dass rund 80 Prozent der befragten Teilnehmer und Zuschauer angaben, sie hätten das Gefühl gehabt, bei einer „echten“ Veranstaltung dabei gewesen zu sein. Auch der Quantität hat das Online-Format nicht geschadet (Grafik):

Der digitale Bundeswettbewerb zählte dieses Jahr 344 Gäste – deutlich mehr als beim bislang letzten Präsenzwettbewerb im Jahr 2019.

Die Geschäftsideen befassten sich in diesem Jahr vor allem mit Nachhaltigkeit und Regionalität, aber auch mit dem Leben in der Corona-Pandemie. Das Team von PLASTABILITY aus Bayern beispielsweise entwickelte einen Schnelltest- sowie einen Maskenhalter.

Beweisen mussten sich die JUNIOR Firmen in fünf Kategorien: Geschäftsidee und -bericht, Fragebogen, Juryinterview und Videopräsentation.

Die siebenköpfige Jury, Wirtschaftsexperten aus Politik, Banken und Unternehmensführung, entschied am Ende, welche drei Schülerfirmen sich über ein Preisgeld in Höhe von 500, 1.200 und 1.500 Euro freuen durften.

3. Platz: Bronze ging an das Team von EcksGames aus Eckernförde. Inspiriert von dem beliebten Spiel BlackStories entwickelten sie ECKstories, fiktive Kriminalfälle mit lokalem Bezug.

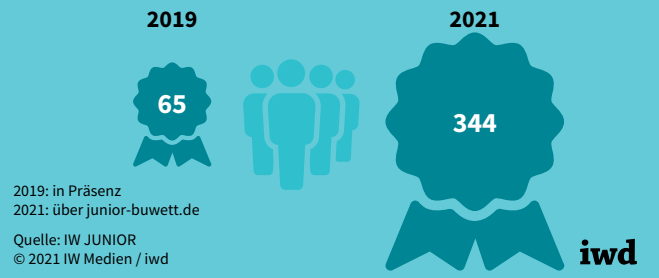
2. Platz: Ebenfalls auf dem Siegereppchen landete das baden-württembergische Start-up Kill d' Bazill mit seiner E-Desinfektionsbox, die Alltagsgegenstände mithilfe von UVC-Licht in wenigen Sekunden von Keimen befreit.

1. Platz: Den Titel „Beste Schülerfirma 20/21“ sicherte sich das Team von townaround aus dem niedersächsi-

schen Peine. Mit der Idee, durch virtuelle 360-Grad-Touren von Einzelhandelsgeschäften mehr Menschen in die Innenstädte zu ziehen, überzeugte es die Jury und sicherte sich das Ticket für den Europawettbewerb im Juli, bei dem das Team für Deutschland antreten wird. Auch dort rechnen sich die Jungunternehmer Chancen aus (siehe Interview Seiten 14–15).

Großes Publikum beim digitalen IW JUNIOR Wettbewerb

So viele Zuschauer zählte der Bundeswettbewerb



SCHULEWIRTSCHAFT-Preis 2021

„Das hat Potenzial!“ – unter diesem Motto steht der SCHULEWIRTSCHAFT-Preis, für den sich Schulen, Unternehmen und Verlage noch bis zum 31. Juli bewerben können. Im SCHULEWIRTSCHAFT-Netzwerk arbeiten Schulen und Unternehmen praxisorientiert zusammen, um jungen Menschen den Weg in die Arbeitswelt zu ebnen. Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Wettbewerb zeichnet Institutionen aus, die sich für den gelungenen Übergang von der Schule in den Beruf einsetzen.

Der Preis wird in mehreren Kategorien verliehen: an Unternehmen, die durch Berufsorientierungsangebote junge Menschen bei ihrer Zukunftsplanung unterstützen; an Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, mit denen die digitale Bildung von Jugendlichen praxisnah gefördert wird; und für Lehr- und Lernmedien, die auf vielfältige Weise ökonomische Inhalte und zeitgemäße Themen vermitteln.

Die Bewerbung erfolgt über:

[schulewirtschaft-preis.de](https://www.schulewirtschaft-preis.de)

Interview. Mit 360-Grad-Aufnahmen von Einzelhandelsgeschäften die Innenstadt beleben – die Schülerfirma townaround aus Peine setzte sich mit ihrer Geschäftsidee beim IW JUNIOR Wettbewerb gegen 16 weitere Jungunternehmen aus Deutschland durch. Was hinter ihrer Idee steckt und wie es mit townaround nach dem Erfolg nun international weitergeht, erzählen Vorstandsvorsitzender **Niklas Krupka** und Marketingleiter **Leo Laufer** aus dem townaround-Team.

„Unsere Idee rettet Innenstädte – nicht nur die von Peine“

Junge Leute gelten als online-affin – warum wollt also ausgerechnet ihr den stationären Einzelhandel mit eurer Geschäftsidee retten?

Krupka: Junge Leute kaufen zwar gerne online ein, sie sind aber auch den ganzen Tag in der Schule und gehen am Nachmittag gerne in die Innenstadt. Wenn es dort dann komplett leer gefegt ist, es also gar kein Angebot gibt, sich zu treffen, einzukaufen oder kulturelle Einrichtungen zu besuchen, dann muss man sich fragen, wie da die Zukunft aussehen soll – auch für junge Leute. Genau da wollen wir ansetzen.

IW-Direktor Michael Hüther sprach bei der Preisverleihung von einem „Turnaround“ durch townaround. Welchen Drehpunkt meint er damit?

Laufer: Die Wende, aus einer toten Innenstadt wieder eine belebte Innenstadt zu machen. Schon vor der Corona-Krise war das Aussterben der Stadtkerne ein Problem, aber die Monate im Lockdown haben noch mal deutlich gezeigt, wie trostlos es ohne geöffnete Geschäfte und Restaurants in den Städten aussieht und wie die Menschen es jetzt genießen, wieder mehr in der Fußgängerzone unterwegs zu sein. Das hat uns gezeigt, dass unsere Idee momentan relevanter denn je ist.

Ihr seid Schüler und Jungunternehmer gleichzeitig. Wie habt ihr alle Aufgaben unter einen Hut bekommen?

Krupka: Durch die Pandemie sind einige Hobbys weggefallen. Deswegen hatten viele von uns mehr Zeit als sonst. Trotzdem benötigt ein Start-up wie townaround enorm viel Zeit. Von der Aufnahme der 360-Grad-Touren bis zur Vermarktung ist es ein langer Weg. Wir haben uns die Aufgaben aber gut aufgeteilt und

immer für mehrere Tage im Voraus geplant. Auf diese Weise hat es bisher sehr gut funktioniert.

Also hattet ihr nie Zeitdruck?

Krupka: An sich hat das meiste bisher zeitlich gepasst. Die einzige Situation, in der es mal hektisch wurde, war, als uns kurz vor dem Online-Jury-Interview am Tag des Wettbewerbs der Laptop-Akku im Stich gelassen hat. In drei Minuten mussten wir also ein Ersatzgerät beschaffen, uns dort anmelden und alle Kabel umstecken. Da war das Stresslevel schon sehr hoch. Zum Glück hat danach aber alles geklappt.

Nun waren viele Geschäfte in den letzten Monaten geschlossen. Wie habt ihr denn die Ladenbesitzer in Peine überzeugt, bei eurer Idee mitzumachen?

Laufer: Als uns die Idee im vergangenen Sommer kam, sind wir durch die Geschäfte gezogen und haben unsere Dienstleistung erst einmal kostenfrei angeboten. Am Anfang waren die Ladenbesitzer noch etwas zurückhaltend, aber sobald die ersten Geschäfte mitgemacht hatten, zogen viele andere nach.

Welches Geschäft war denn das erste, was ihr in 360-Grad aufnehmen durftet?

Krupka: Unsere erste Aufnahme haben wir tatsächlich gar nicht im Einzelhandel gemacht, sondern in einem Hotel. Wir mussten ja ein wenig üben, bevor wir unseren Dienst professionell anbieten konnten. Der erste Ladeninhaber, der mitgemacht hat, war wenig später ein Juwelier aus Peine. Von diesem Zeitpunkt an ging es recht schnell voran, sodass wir heute bei circa 60 Geschäften sind.

Haben die Läden denn auch von euren Aufnahmen profitiert?



Fotos: townaround

Laufer: Ja, ein Spielwarenhändler hat uns mitgeteilt, dass sich sein Umsatz tatsächlich um 30 Prozent gesteigert hat, seitdem die 360-Grad-Tour seines Geschäfts veröffentlicht wurde. Für ihn allein lohnt sich ein Online-Shop nämlich nicht. Unsere Aufnahmen ermöglichen ihm trotzdem eine gewisse Online-Präsenz. Solch positives Feedback freut uns natürlich und gibt uns Rückenwind.

Ihr sagt, ihr habt euren Service zu Beginn kostenfrei angeboten. Wie sieht das jetzt aus, nachdem die Nachfrage doch deutlich gestiegen ist?

Krupka: Mittlerweile kriegen wir auch viele Anfragen von Geschäften außerhalb der Innenstadt. Dafür nehmen wir dann einen fairen Betrag, mit dem Fahrtkosten und Arbeitsaufwand gedeckt werden. Dadurch sind wir nicht mehr von unseren anfänglichen Sponsoren abhängig, tragen uns finanziell also selbst.

Im Tagesgeschäft ändert sich die Befüllung der Regale. Wie oft werden die 360-Grad-Aufnahmen aktualisiert?

Krupka: Das hängt viel von den Einzelhändlern ab und ihrer Einschätzung darüber, wie oft die Aufnahmen aufgrund von Veränderungen im Sortiment aktualisiert werden müssen. Deswegen haben wir das Feature der Detailfotos entwickelt, bei dem die Einzelhändler selbst Fotos vom aktuellen Sortiment machen, die wir dann direkt in die 360-Grad-Tour hochladen können, um möglichst aktuell zu bleiben.

Was macht ihr mit den 1.500 Euro Preisgeld? In euer Start-up stecken oder auf den Kopf hauen?

Krupka: Da wir townaround auch nach dem JUNIOR-Jahr weiterführen wollen, haben wir das Geld erst einmal für zukünftige Investitionen zur Seite gelegt. Ein Team-Event darf natürlich auch nicht fehlen. Dafür werden allerdings wohl hoffentlich keine 1.500 Euro draufgehen.

Wie hat sich euer Bild von Unternehmertum durch eure Erfahrungen mit JUNIOR verändert?

Laufer: Bevor ich Teil einer Schülerfirma war, hatte ich keine richtige Vorstellung davon, wie man in einem Unternehmen richtig zusammenarbeitet. Klar, man macht in der Schule mal Gruppenarbeiten, aber eine Unternehmensgründung und -führung ist ein viel längerer Prozess, in dem enorm viel Arbeit steckt.

Wie schätzt ihr denn eure Chancen für den Europawettbewerb im Juli ein? Was macht euer Geschäftskonzept auch auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig?

Krupka: Wir kennen die Ideen unserer Mitstreiter zwar noch nicht, aber wir bringen ein Geschäftskonzept mit, das funktioniert – nicht nur in Peine. Zum Beispiel planen wir momentan eine Art Franchise-System in Zusammenarbeit mit einem Gymnasium aus einem anderen Landkreis, weil sich dort bereits ein Geschäft für unseren Service interessiert. Unsere Idee trifft also auch über die Stadtgrenzen hinaus auf Anklang. Daher können wir uns für townaround eine internationale Zukunft gut vorstellen. Auch in Frankreich oder Polen gibt es schließlich Kleinstädte, die darum kämpfen, dass ihre Innenstädte attraktiv und lebendig bleiben.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche**456.000**

Schlafgelegenheiten in Ferienwohnungen und -häusern gab es im Corona-Jahr 2020 in Deutschland – das waren 36 Prozent mehr Betten als 2010. Übernachtungsmöglichkeiten in Airbnb-Unterkünften sind in dieser Aufzählung nicht mitgezählt. Trotz der Beschränkungen während der Lockdown-Phasen bauten die Anbieter von Ferienwohnungen ihre Kapazitäten im vergangenen Jahr aus: Die Zahl der angebotenen Schlafgelegenheiten lag um 1,7 Prozent über der von 2019. In anderen Beherbergungsbetrieben wie Hotels, Gasthöfen, Pensionen oder Erholungs- und Ferienheimen wurden 2020 dagegen weniger Schlafgelegenheiten angeboten als 2019. Hintergrund ist, dass Urlaub abseits der Hotels und Gasthöfe boomt. So konnten die Anbieter von Ferienwohnungen und -häusern vor Ausbruch der Pandemie kontinuierlich mehr Gäste verbuchen: Im Jahr 2019 lag deren Zahl mit 8,89 Millionen um 71 Prozent über der von 2010. Im selben Zeitraum verzeichneten die Hotels in Deutschland nur einen Anstieg um 35 Prozent, wenngleich mit zuletzt 100,8 Millionen Gästen immer noch deutlich mehr Reisende ihr Haupt auf ein Hotelkissen betten als auf das Pendant im Ferienhaus oder Apartment.

Top-Liste: Geteilte Kosten

Wer in Deutschland eine Immobilie kauft, profitiert noch immer von den historisch niedrigen Hypothekenzinsen. Allerdings dürfen die Kredite in der Regel nur für den Kaufpreis, nicht aber für die sogenannten Erwerbsnebenkosten genutzt werden. Bei diesen macht – neben der staatlichen Grunderwerbsteuer und den Notargebühren – oft die Maklerprovision einen erheblichen Batzen aus. Bis zum 22. Dezember 2020 mussten Käufer die Provision teilweise allein oder zumindest überwiegend zahlen, was ihnen den Weg zum Eigenheim erschwerte. Seither gilt ein neues Gesetz: Die Maklerprovision darf nur noch maximal zur Hälfte auf den Käufer überwält werden, den Rest muss der Verkäufer berappen. Eine Auswertung von Kaufinseraten durch das Institut der deutschen Wirtschaft zeigt, dass die Käuferprovisionen seither tatsächlich bundesweit gefallen sind – in einigen ostdeutschen Regionen besonders stark.

Maklerprovision: So wirkt das neue Gesetz

Um so viele Prozentpunkte sank die von Käufern zu zahlende Maklerprovision in diesem Landkreis bzw. in dieser kreisfreien Stadt durch die gesetzliche Neuregelung

1	Potsdam-Mittelmark	-3,21	
2	Teltow-Fläming	-3,07	
3	Berlin	-2,90	
4	Dahme-Spreewald	-2,78	
...			
398	Regen	-0,17	
399	Vulkaneifel	-0,13	
400	Tirschenreuth	-0,12	
401	Cochem-Zell	-0,10	

Vergleich der Inserate vom 23.12.2020 bis 31.03.2021 mit denen des Vorjahreszeitraums
 Quellen: Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd